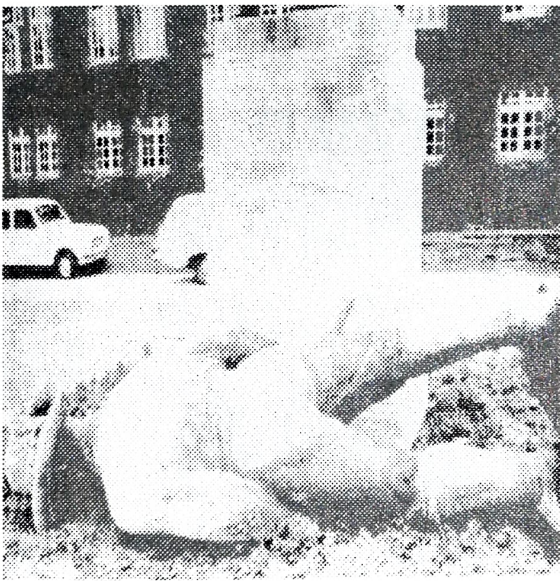


Kolonialdenkmäler gestürzt

Tatkräftige Aktionen von Studierenden gegen die Verehrung der Kolonialeroberer Wissmann und Dominik durch die Universität sind im Oktober von Erfolg gekrönt: Die beiden Denkmäler werden vom Sockel gestoßen. Die Studierenden werden vom Hamburger Landgericht zu Haftstrafen bzw. hohen Geldstrafen verurteilt. Der AS mag im November nicht beschließen, daß die Denkmäler vom Universitätsgelände entfernt werden sollen.

Später werden die Denkmäler im Keller der Sternwarte in Bergedorf eingelagert und aufbewahrt.



Streik gegen Notstandsgesetzgebung

Anläßlich der Notstandsgesetzgebung des Bundestages findet ab Mai der erste Vorlesungsstreik in Hamburg statt.

Der Streik soll der Information und Diskussion über die Notstandsgesetze an der Universität dienen.

Der ASStA spricht von 70 % Beteiligung am Vorlesungsboykott, die Uni von 50 %. Das PI und das WiSo-Gebäude sind vollständig verbarrikadiert, in anderen Gebäuden ist das Abhalten regulärer Veranstaltungen nur erschwert möglich.

In den meisten der Veranstaltungen, die regulär stattfinden, wird ebenfalls über die Notstandsgesetzgebung diskutiert.

13.03. Prozeß Oberlercher gegen Uni beginnt, bzgl. Oberlerchers Rausschmiß aus dem Hauptseminar von Prof. Wenke; Oberlercher verliert den Prozeß

11.04. Attentat auf Rudi Dutschke in Berlin *

12.04. Springer-Blockade in Hamburg *

14.04. Der Dekan der Philosophischen Fakultät Aubenque verurteilt in einem Brief an den ASStA das Attentat auf Rudi Dutschke

15.04. Springerblockade nach Ostermarsch. Die Polizei löst die gewaltfreie Demonstration unter härtestem Gewalteinsatz auf. Parallel werden die Räume des SDS am Von-Melle-Park ohne Durchsuchungsbefehl untersucht, zufällig Anwesende ohne Haftbefehl abgeführt. Ein anschließendes Teach-In der DemonstrantInnen fordert angesichts der Vorgänge den Rücktritt des Innensenators Ruhnau. Die politischen Hochschulgruppen und der ASStA werden aufgefordert, einen Vorlesungsstreik auszurufen, solange die DemonstrantInnen in Haft sind. Rektor und Akademischer Senat fordern einen Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft zum Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen an den Ostertagen, der nicht eingerichtet wird. Stattdessen beschäftigt sich der Innenausschuß mit den Vorfällen und gibt wenig Relevantes von sich. Einer Vielzahl von Anzeigen und Selbstanzeigen folgt eine Prozeßlawine, nicht die erhoffte Einstellung der Verfahren

17.04. Der ASStA gibt eine neue Zeitschrift, "Zur Sache", heraus, die insbesondere der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit - auch in der Stadt - dienen soll und als Bindeglied zwischen dem kurzfristigen "Info" und dem ausführlichen "auditorium" fungieren soll. Die Finanzierung der 14tägig erscheinenden Zeitung muß aufgrund der Haushaltslage der Studierendenschaft aus Spenden erfolgen

17.04. "Marburger Manifest" von einer Vielzahl von ProfessorInnen unterzeichnet; sie wettern gegen "die sogenannte Demokratisierung der Hochschulen", die eine "Beschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre und damit eine Verkümmern der Wissenschaft zur Folge" habe; das SP mißbilligt das "Pamphlet" im Juli und läßt eine Liste der Hamburger Unterzeichner veröffentlichen; in Lehrveranstaltungen soll das Papier diskutiert werden

SoSe Auch im Sommersemester finden wie-